



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

OB Egon Vaupel in der MNZ vom 3.2.2006

„Kritiker werfen mit Dreck“

Oberbürgermeister weist Vorwürfe der Bordellgegner zurück

Von Jochen Schönig (0 64 21) 1 69 99 15
j.schoenig@mittelhessen.de

Marburg. Mühsam beherrscht hat Marburgs Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) gestern die Kritik zurückgewiesen, der Marburger Magistrat habe das geplante Großbordell in der Siemensstraße in Wehrda „blauäugig“ genehmigt. Er wehrte sich damit gegen Vorwürfe der Bürgerinitiative gegen das Bordell vom Mittwoch. Besonders scharf reagierte Vaupel darauf, dass Sprecher der Bürgerinitiative angedeutet haben, die Verwaltung oder der Magistrat hätten Akten „manipuliert“. Diese Behauptung sei „unangemessen, um nicht zu sagen infam“, so Vaupel.

Die Sprecher der Bürgerinitiative – Renate Rausch, Inge Hauschild-Schön und Rechtsanwalt Peter Hauck-Scholz – würden wider besseres Wissen Vorwürfe erheben. Dies diene nur dazu, Gerüchte zu streuen, gleichgültig ob sie wahr seien und gleichgültig welche Folgen sie hätten. Dieser Beurteilung schloss sich Bürgermeister Franz Kahle (Grüne) an. Er bezeichnete den Vorwurf, die Verwaltung könne Akten fälschen, als absurd – und das werde der vom Stadtparlament eingesetzte Akteneinsichtsausschuss beweisen.

Keiner der Antragsteller ist im sogenannten „Kleeblattprozess“ angeklagt

Wie diese Zeitung berichtet hat, werfen die Bordell-Kritiker dem Magistrat unter anderem vor, die Baugenehmigung für das Bordell zwei Wochen früher erteilt zu haben als vorher zugesagt und hinterher zugegeben. Außerdem unterstellen sie, dass die Stadt Verflechtungen zwischen den künftigen Bordellbetreibern und den Angeklagten im „Kleeblattprozess“ verschweigt. In jenem Prozess vor dem Marburger Landgericht müssen sich derzeit einige Verdächtige wegen des Vorwurfs verantworten, in einem Frankenberger Bordell

Menschenhandel betrieben zu haben.

Beide Vorwürfe bezeichneten Vaupel und Kahle gestern erneut als falsch. Keine der fünf Personen, die im Zusammenhang mit den Bordellanträgen in Marburg aktenkundig geworden seien, sei im Kleeblattprozess angeklagt. Und dass Angeklagte aus dem Verfahren auf der Bordellbaustelle gesehen worden seien, stelle keinen Grund zur Ablehnung des Bauantrags dar.

Vaupel bekräftigte erneut, dass es aus Sicht der Stadt keine Option gewesen sei, die Siemensstraße als „Toleranzzone“ aus der Sperrgebietsverordnung zu streichen. Hintergrund: In Sperrgebieten darf Prostitution nicht betrieben werden, in Toleranzzonen ist es dagegen zulässig. Hätte man die Siemensstraße herausgenommen, hätte man irgendwo anders einen Ersatz ausweisen müssen, so Vaupel. Und der Vorschlag des Rechtsanwalts der Hauck-Scholz, die Straße bei St. Jost – mitten in der Stadt und in Sichtweite einer Schule – zur Toleranzzone zu erklären, sei ja wohl absurd. Auch hier stimmte Bürgermeister Kahle zu: „Wir sind ja schließlich nicht in Amsterdam oder in Hamburg.“

Den Manipulationsvorwurf wies Vaupel scharf zurück. Gleichzeitig versicherte er, dass er selbst in dieser Debatte auch künftig sachlich bleiben wolle. Unübersahbar war, dass

ihm dies nicht leicht fällt: „Wir müssen von der Ebene herunterkommen, wo nur mit Dreck geworfen wird“, schimpfte der Oberbürgermeister.

Indes hat der Akteneinsichtsausschuss, den das Stadtparlament in seiner jüngsten Sitzung eingesetzt hat, gestern Abend erstmals getagt. Obwohl in diesem ersten Treffen nur Verfahrensfragen zu klären waren, gestaltete sich die Sitzung zäh, weil die Ausschussmitglieder hinter jedem Redebeitrag der Vertreter anderer Fraktionen „politische Taktik“ witterten. Schließlich einigte man sich darauf, dass

eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die alle Akten zur Bordell-Genehmigung sichtet. Jede Fraktion darf ein Mitglied und bis zu zwei Stellvertreter dafür benennen. Die Akteneinsicht erfolgt an zunächst drei Tagen: am Donnerstag, 9. Februar, am Montag, 13. Februar, und am Donnerstag, 16. Februar, jeweils von 15 bis 18 Uhr. Sollte die Arbeitsgruppe dann mit dem Aktenstudium fertig sein, wird der Haupt- und Finanzausschuss (der zum Akteneinsichtsausschuss erklärt worden ist) am Dienstag, 21. Februar, einen Abschlussbericht erarbeiten.

Standpunkt

Streit um geplantes Großbordell

Falsche Moral prägt die Debatte



Von Jochen Schönig
(0 64 21) 1 69 99 15
j.schoenig@mittelhessen.de

Mit Hilfe eines Akteneinsichtsausschusses will das Marburger Stadtparlament die Debatte um das geplante Großbordell in Wehrda nun politisch beenden. Der Versuch wird scheitern. Die immer hitziger werdende Auseinandersetzung hat nämlich keine politischen oder juristischen Gründe. In Gang gehalten wird sie nur noch von moralischer Entrüstung auf der einen Seite und vom verzweifelten Bemühen, jetzt bloß nichts „Falsches“ zu sagen, auf der anderen. Argumente, die für die Einrichtung des Bordells sprechen, sind unpopulär, und gerade jetzt im beginnenden Wahlkampf will sie kein Politiker äußern.

Dieser Moralstreit versperrt den Blick auf die Tatsachen. Eine davon lautet: Es gibt Prostitution. Auch in Marburg. Wenn man das Bordell verhindert, ändert man daran nichts. Man erreicht nur, dass Prostitution nicht in einem relativ gut kontrollierbaren Umfeld stattfindet, sondern „heimlich“ in privaten Wohnungen. Wobei die Prostituierten das ganze damit verbundene Risiko tragen.

So gesehen, ist der Moralstreit von einer falschen Moral geprägt. Auf beiden Seiten. Nur zu sagen „Hier nicht!“ reicht ebenso wenig wie zu behaupten „Wir würden es ja gern verhindern, aber wir können leider nicht.“

Fr. 03.02.2006

MNZ